

GERECHTER UMGANG MIT WASSER

6-PUNKTE-PLAN ZUR SICHERUNG DER WASSERVERSORGUNG

Autorinnenpapier von Britta Haßelmann, Dr. Julia Verlinden und Steffi Lemke.

16. Juli 2026

Die Hitze und Trockenheit in diesem Sommer zeigen ganz klar: Deutschland ist aufgrund der Klimakrise in einem neuen Zeitalter angekommen. Wasser wird zur immer knapperen Ressource. Jahr für Jahr geht mehr Grundwasser verloren, als sich neu bilden kann. Hinzu kommt eine hohe Verdunstung von Oberflächenwasser. Deutschland gehört damit inzwischen zu den Ländern mit dem höchsten Wasserverlust weltweit. Die Bundesregierung ist der Wasserkrise gegenüber aber blind und versagt dabei, knapper werdende Grundwasservorräte besser zu managen. So empfiehlt die Europäische Kommission seit Jahren eine stärkere Harmonisierung der Wasserentnahmeentgelte und eine bessere und transparente Erfassung der tatsächlichen Wasserentnahmen. In Deutschland ist das System der Wasserentgelte aber ein Flickenteppich - unterschiedliche Regeln in den Bundesländern untergraben eine wirksame Steuerung. Und wie viel Wasser industrielle Großverbraucher aus dem Boden pumpen, bleibt vielerorts völlig intransparent. Überall im Land mehren sich die Nutzungskonflikte: Getränkehersteller wie Red Bull und Rauch Fruchtsäfte erhalten langjährige Grundwasserentnahmerechte in Regionen, die bereits als wasserarm gelten. Industrieansiedlungen wie Tesla oder Pläne zum Abpumpen des Tiefengrundwassers durch die Adelholzer Alpenquellen oder Aldi Nord lösen Konflikte mit der lokalen Bevölkerung aus.

Für uns ist klar: Wasser ist keine beliebige Handelsware – Wasserschutz und Gemeinwohlinteressen müssen Vorrang vor kurzfristigen Einzelinteressen haben. Wirtschaftliche Macht darf nicht darüber entscheiden, wer wie viel Wasser verbraucht. Das ist weder fair noch zukunftsfest. Die Bundesregierung muss einschreiten, bevor industrielle Großverbraucher unser Grundwasser zu Spottpreisen abpumpen und Bürger*innen, Natur und Landwirtschaft anschließend das Nachsehen haben. Deutschland braucht ein System, für den gerechten Umgang mit Grundwasser, das die Interessen von Bürger*innen, Wirtschaft und Natur in Einklang bringt. Die unter der Ampel beschlossene Nationale Wasserstrategie hat die Richtung vorgegeben. Wir fordern die Bundesregierung auf, jetzt zu handeln und die folgenden Punkte mit höchstem Tempo umzusetzen. Denn einen so sorglosen Umgang mit unseren Grundwasservorräten wie bisher können wir uns in Zeiten, in denen Deutschland immer stärker austrocknet, nicht mehr leisten.

1. Trinkwasser für Menschen muss immer Vorrang haben

Die Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser für den täglichen Bedarf muss oberste Priorität haben. Deshalb wollen wir sicherstellen, dass die öffentliche Trinkwasserversorgung im



Rahmen der wasserrechtlichen Bewirtschaftung vorrangig berücksichtigt wird und bei bestehender oder drohender Wasserknappheit industrielle Großentnahmen entsprechend begrenzt werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Trinkwasservorrang im Wasserhaushaltsgesetz explizit und normenklar zu verankern, indem die öffentliche Trinkwasserversorgung gegenüber allen konkurrierenden Nutzungen in eine ausdrückliche, abwägungsfeste Priorität gestellt wird.

2. Wasserverbrauch auch von industriellen Großverbrauchern fair bepreisen

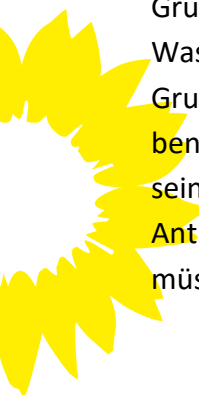
Wer Wasser in großen Mengen entnimmt und damit Gemeingut privatisiert, muss gesellschaftliche Kosten dafür tragen. Das ist nicht überall in Deutschland der Fall. Wir wollen Wasserentnahmeentgelte bundesweit harmonisieren. Nicht die privaten Haushalte sollen stärker belastet werden, sondern industrielle Großverbraucher, die Grundwasser **bislang zu Vorzugspreisen oder zum Nulltarif nutzen**. Die Harmonisierung soll als bundesweiter Mindeststandard ausgestaltet werden – weitergehende Länderregelungen bleiben gewahrt, und den Bundesländern dürfen keine Einnahmeverluste entstehen. Für die öffentlichen Einnahmen soll eine gesetzliche Zweckbindung verankert werden: Für den Schutz und die Renaturierung unserer Gewässer, die Sicherung unseres Grund- und Trinkwassers — damit Wasser auch für kommende Generationen sicher und bezahlbar bleibt.

3. Intransparenz beim industriellen Abpumpen von Grundwasser beenden

Wir wollen ein Bundeswasserregister und ein digitales Grundwasser-Echtzeitentnahmemonitoring großer Wasserentnahmen einführen und Betreiber verpflichten, Entnahmemengen sowie relevante Grundwasser- und Pegeldata standardisiert, transparent und zeitnah an die zuständigen Behörden zu übermitteln. So entsteht eine verlässliche Datengrundlage für wirksame Kontrolle, Planung und Schutz unserer Wasserressourcen.

4. Unabhängige Gutachten verpflichtend einführen

Noch immer werden wasserrechtliche Genehmigungen häufig auf Grundlage von Gutachten erteilt, die von den Antragstellern selbst beauftragt und bezahlt werden. Sie berücksichtigen weder häufigere Hitze, Trockenheit und erodierende Böden, noch die abnehmende Regenerationsfähigkeit von Grundwasser. Deshalb soll zukünftig ab einer erheblichen Entnahmemenge ein verpflichtendes unabhängiges Gutachten eingeholt werden, bevor über den Antrag entschieden wird. Die Entnahmemenge, ab der diese Pflicht greift, wird nach den Grundwasserverhältnissen vor Ort festgelegt. So wird jede Region nach ihrer tatsächlichen Wassersituation beurteilt. Das Gutachten hat die Auswirkungen der Entnahme auf das lokale Grundwasserdargebot, angrenzende Oberflächengewässer, abhängige Landökosysteme sowie auf benachbarte Trinkwasserentnahmen hin quantitativ zu bewerten. Es muss öffentlich zugänglich sein. Die Vergabe der Gutachten erfolgt durch die zuständigen Behörden; die Kosten tragen die Antragsteller. Auch Altbewilligungen, die die jeweils geltende regionale Schwelle überschreiten, müssen bis spätestens 2030 durch ein unabhängiges Gutachten neu bewertet werden. Wir wollen





damit sicherstellen, dass nur so viel Grundwasser abgepumpt wird, wie sich auch wieder regenerieren kann.

5. Betroffene frühzeitig beteiligen

Entscheidungen über große Wasserentnahmen betreffen ganze Regionen und haben direkte Auswirkungen auf die Menschen, Kommunen, Landwirtschaft und mittelständische Betriebe. Gerade für den Mittelstand und das Handwerk ist eine verlässliche, zukunftsste Wassererfügbarkeit ein zentraler Standortfaktor. Deshalb wollen wir eine verbindliche und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung bei wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren im Wasserhaushaltsgesetz verankern und Kommunen, Landwirtschaft, Mittelstand sowie Bürgerinnen und Bürger stärker einbeziehen. Zahlreiche Bürgerinitiativen im ganzen Land fordern dies bereits ein. Für anerkannte Umwelt- und Naturschutzverbände soll ein Verbandsklagerecht bei wasserrechtlichen Genehmigungsentscheidungen nach dem Wasserhaushaltsgesetz eingeräumt werden.

6. Mehr Wasser in Böden und Landschaften halten

Moore wiedervernässen, Auen reaktivieren, Gewässer renaturieren und Wälder zu klimaresilienten Laub- und Mischwäldern umbauen — das ist die beste Wasserinfrastruktur, die wir haben. Gesunde Waldböden speichern bis zu 200 Liter Wasser pro Quadratmeter, intakte Auen und Moore puffern Hochwasser und speisen das Grundwasser. Die Bundesregierung muss das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz deswegen dauerhaft und auskömmlich finanzieren. Eine intakte Natur ist eine natürliche Klimaanlage und hilft uns, durch heißere und trocknere Zeiten zu kommen.

